

News Archiv November 2015

2015-11-30 18:39

[Bildungsministerium wird umstrukturiert](#)

Das Ministerium für Bildung und Frauen wird umorganisiert. Ab morgen gibt es statt sechs nur noch fünf Sektionen und zusätzlich zwei Stabsstellen. Die Sektionschefs bleiben größtenteils gleich, die Zuständigkeiten wandern aber zum Teil.

„Struktur klarer und schlanker“

„Eine schlagkräftige Organisation muss ihre Aufbauorganisation regelmäßig optimieren und weiterentwickeln“, so Bildungsministerin Gabriele Heinisch-Hosek (SPÖ) in einer Aussendung. „Wir haben mehr als ein halbes Jahr intensiv daran gearbeitet, die Arbeitsplätze zu beschreiben, Führungsfunktionen auszuschreiben und zu besetzen. Die Struktur ist nun klarer und schlanker. Wir haben zusammengeführt, was zusammengehört.“

[Read more ... Bildungsministerium wird umstrukturiert](#)

2015-11-28 09:56

[Neues Wiener Wahlrecht passiert erste Hürde](#)

Nach jahrelangen aufreibenden Streitigkeiten passiert das neue Wiener Wahlrecht am kommenden Mittwoch die erste Hürde: Ein Initiativantrag der rot-grünen Koalition soll im zuständigen Gemeinderatsausschuss beschlossen werden.

Die rot-grüne Stadtregierung verpflichtete sich im Koalitionsübereinkommen dazu, das Wahlrecht zu ändern. Der entsprechende Initiativantrag, der der APA vorliegt, umfasst ganze 34 Seiten. Die größte Relevanz hat eine kurze Passage auf Seite 18. „Die Wahlzahl für die Verteilung der Gemeinderatsmandate wird gefunden, indem die Gesamtsumme der im Wahlkreis für die Parteilisten abgegebenen gültigen

Stimmen durch die um 0,5 vermehrte Anzahl der Mandate geteilt wird“, heißt es dort.

APA/Oczeret

Starke Parteien werden bei den nächsten Wahlen weniger stark bevorzugt

Mehrheitsfördernder Faktor wird halbiert

Was kompliziert klingt, bedeutet im Klartext, dass jener Faktor, der starke Parteien - jahrelang die SPÖ, zuletzt auch vermehrt die FPÖ - überproportional bei der Mandatsverteilung begünstigt hat, halbiert wird. Das jahrelang umstrittene „plus 1“ wird nun zum „plus 0,5“. Ein Kompromiss, da die Grünen ursprünglich den „Verzerrer“ komplett abschaffen wollten, die Roten wiederum auf der bestehenden Regelung beharrt hatten.

Beinahe Koalitionsbruch durch Wahlrechtsstreit

Um eine Einigung hatte die Rot-Grün I jahrelang gestritten, wobei es wenige Monate vor der Wien-Wahl fast zum Koalitionsbruch gekommen wäre. Ein Überlaufen des grünen Abgeordneten Senol Akkilic zur SPÖ kurz vor der Landtagssitzung zum Wahlrecht verhinderte im März einen Beschluss der Reform durch die Stimmen der Grünen und der Oppositionsparteien.

Senol Akkilic verhinderte ein neues Wahlrecht vor der Wien-Wahl

Fixierung für 17. Dezember geplant

Dank Festschreibung im Koalitionspapier sollte ein Wiederaufflammen des Konflikts von vornherein vermieden werden - mehr dazu in [Der Koalitionspakt im Detail](#). Der von SPÖ und Grünen formulierte Initiativantrag muss nun einmal im zuständigen Gemeinderatsausschuss, der am Mittwoch tagt, beschlossen werden. Endgültig fixiert werden soll die neue Regelung dann in der nächsten Landtagssitzung am 17. Dezember.

Der Antrag enthält außerdem noch eine Änderung in Sachen Wahlkarten. Um zu spät eintreffende Briefstimmen künftig zu vermeiden, wird „der Zeitraum für die Ausstellung und die Rücksendung von Briefwahlkarten, analog der Praxis bei den Bundeswahlen, von zwei auf drei Wochen verlängert“. Sprich: Briefwähler haben eine Woche länger Zeit - jedenfalls vor dem Wahltag. Einlangen muss die Stimme aber jedenfalls bis zum Wahlschluss.

[Read more ... Neues Wiener Wahlrecht passiert erste Hürde](#)

2015-11-27 10:39

[Präsidentschaftskandidatin Griss stellt Neutralität infrage](#)

Die frühere Höchststrichterin Irmgard Griss, die 2016 als Bundespräsidentin kandidieren will, zieht die Neutralität in Zweifel. „So wie ich das sehe, ist die Neutralität ein Teil der österreichischen Identität, aber ohne dass man sich wirklich klar darüber ist, was sie bedeutet“, so Griss in den „Vorarlberger Nachrichten“ (Freitag-Ausgabe).

„Die Neutralität war sicher eine wichtige Voraussetzung für den Erhalt des Staatsvertrags. Heute müsste doch viel eher die Frage sein, ob sie in diesem alten überkommenen Sinn tatsächlich noch einen Wert hat“, so Griss.

Sollte Neutralität so zu verstehen sein, dass sie Österreich in die Lage versetze, ein Vermittler zu sein, dann sei sie für Neutralität. „Wenn sie aber als Versuch verstanden wird, sich um die Notwendigkeit zu drücken, selbst etwas für die Sicherheit zu tun, bin ich dagegen“, so die frühere Präsidentin des Obersten Gerichtshofes (OGH).

[Read more ... Präsidentschaftskandidatin Griss stellt Neutralität infrage](#)

2015-11-27 08:42

[VdF zu Austria Salzburg-Farce: Nicht auf dem Rücken der Spieler!](#)

Die Sky Go Erste Liga hat ihren Fixabsteiger. Austria Salzburg beantragte ein Sanierungsverfahren. Wie es nun weiter geht, werden die nächsten Tagen und Wochen zeigen. Gernot Zirngast, Vorsitzender der Vereinigung der Fußballer (VdF), begab sich am Donnerstag jedenfalls nach Salzburg, um mit den Spielern den Status Quo und vor allem deren Zukunft zu besprechen. "Dabei ging es neben der sportlichen Zukunft vor allem um rechtliche Fragen. Das Finanzdesaster darf nicht zu Lasten der Spieler gehen. Wenn mit Salzburg die Meisterschaft zu Ende gespielt werden soll, dann nicht auf Kosten der Aktiven, die damit für die Fehler der Bundesliga geradezustehen würden.“ Zirngast kann ob des Finanz-Desasters nur den Kopf schütteln.

"Es war ja nicht verwunderlich, wir haben immer wieder davor gewarnt und darauf hingewiesen, dass die Infrastruktur bei vielen Vereinen zu hinterfragen ist." Salzburg musste/durfte für sogenannte Heimspiele nach Schwanenstadt und auf den FAC-Platz nach Wien ausweichen. "Warum brauche ich überhaupt ein

Ausweichstadion? Warum sieht die Bundesliga in ihrer Lizenzvergabe so etwas vor? Entweder meine Heimstätte entspricht den Statuten oder nicht. Und wenn nicht, dann kann die Bundesliga halt keine Lizenz erteilen und ein anderer Verein steigt auf." Salzburg erhielt sie in zweiter Instanz, obwohl die Stadionfrage nicht wirklich geklärt war.

Die VfF, eine Fachgruppe der younion _ Die Daseinsgewerkschaft, fragt sich zudem, ob das heutige Spiel von Austria Salzburg gegen St. Pölten überhaupt noch stattfinden sollte. Es ist ein Spiel der 19. Runde, der ersten Frühjahrsrunde somit. Bisher haben alle Mannschaften je zwei Mal gegen Austria Salzburg gespielt. "Warum also soll jetzt etwa St. Pölten zum Handkuss kommen. Keiner weiß ob und mit welcher Mannschaft Salzburg im Frühjahr antritt. Je zwei Mal gegen alle Teams, aber nur noch einmal gegen St. Pölten."

Generell handelt es sich schon jetzt um eine Wettbewerbs-Verzerrung, so Zirngast, der mit Schauern daran denkt, dass die Bundesliga sich bis 2020 auf diese Liga-Formate einbetoniert hat. "Schon aufgrund von zwei Absteigern in der SkY Go Liga erwarte ich mir weitere wirtschaftliche Schiffbrüche. Vielleicht sollten die betroffenen Vereine darüber nachdenken, ob es nicht früher zu Änderungen kommen muss. Die Liga scheint es ja nicht zu tun, obwohl es vor allem im Vorjahr - auch von uns - viele Anstöße dazu gab.

[Read more ... VfF zu Austria Salzburg-Farce: Nicht auf dem Rücken der Spieler!](#)

2015-11-27 07:10

[Nationalrat segnet Budget ab](#)

Der Nationalrat hat Donnerstagabend mit den Stimmen der Koalition das Budget 2016 beschlossen. Es sieht Ausgaben von 77 Mrd. Euro und Einnahmen von 71,9 Mrd. Euro vor. Das gesamtstaatliche Maastricht-Defizit soll mit 1,4 Prozent der Wirtschaftsleistung zum sechsten Mal in Folge unter der dreiprozentigen EU-Vorgabe liegen.

Ob das (um konjunkturelle Effekte) bereinigte „strukturelle Nulldefizit“ erreicht wird, ist Ansichtssache. Dieses ist eingehalten, wenn der Abgang nicht über 0,5 Prozent des BIP liegt. Das ist mit 0,66 Prozent nicht der Fall. Da allerdings die zusätzlichen Kosten für die Flüchtlingskrise von der EU anerkannt werden dürften, könnte Österreich dann diese Vorgabe der Union doch noch erreichen.

ÖVP-Finanzminister Hans Jörg Schelling zeigte sich jedenfalls bei der Debatte zum abschließenden Budgetkapitel Finanzen zuversichtlich, dass man seitens der EU eine positive Einschätzung zum Vorgelegten erhalten werde. An der Gestaltung des „strukturellen Defizits“ übte er neuerlich Kritik. Über die Methodik werde man reden müssen.

Nachtragshaushalt für 2015 durch

Mit dem Budget beschlossen wurde auch der im Oktober angekündigte, 688,8 Mio. Euro schwere Nachtragshaushalt für das laufende Jahr. Mehr als die Hälfte (350 Mio. Euro) erhält das

Unterrichtsministerium zur Bezahlung von Lehrergehältern, an das Innenministerium fließen 230 Mio. Euro zur Bewältigung der Flüchtlingskrise und weitere 72 Mio. Euro als erste Tranche der im Jänner beschlossenen „Sicherheitsoffensive“.

Heißes Thema Verteidigungskosten

Vor allem beim Thema Verteidigungsbudget gab es am Donnerstag lebhaft Debatten. Minister Gerald Klug (SPÖ) darf sich über ein Plus von 90,2 Mio. Euro für das Jahr 2016 freuen. Grund für die Ausgabensteigerung ist die erste Tranche in der Höhe von 96 Mio. Euro des Sonderinvestitionspakets „ÖBH 2018“. Klug sprach nach Jahren der Einsparungen von einer Trendwende. Die FPÖ sieht das anders: Die Steigerung sei nur eine Scheinerhöhung, den 96 Mio. Euro an Sonderinvestitionen stünden 205 Mio. Euro an Einsparungen gegenüber, rechnete FPÖ-Abgeordneter Reinhard Eugen Bösch vor. Von einem Kahlschlag auf Kosten der Sicherheit sprach auch Rainer Hable namens NEOS.

Ein Entschließungsantrag, über den nach der Budgetabstimmung abgestimmt wurde, erhielt dann schließlich eine Mehrheit. Der Allparteienantrag hatte zum Ziel, dass die Regierung evaluieren soll, ob das Sparpaket mit Kasernenschließungen und Kompanienauflösungen angesichts der aktuellen Bedrohungslage nicht geändert werden könnte.

Opposition wünschte sich mehr

Die Opposition brachte in den Abendstunden noch diverse Forderungen ein, etwa die FPÖ jene nach Einführung eines Reverse-Charge-Systems bei der Mehrwertsteuer, mit dem man die auch von Schelling angestrebte Abschaffung der „kalten Progression“ finanzieren könne. Schelling zeigte sich abwartend und verwies auf einen alternativen Vorschlag der EU-Kommission, der kommen werde. Bei der Mehrwertsteuer national auszuscheren sei nämlich nicht so einfach.

Die Grünen warben ihrerseits für eine einkommensneutrale öko-soziale Steuerreform mit einem Volumen von vier Milliarden. Von NEOS kam neuerlich der Vorwurf, dass durch die Steuerreform mit der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage die Sonderpensionisten zu Profiteuren würden, da sie nun geringere Zusatzbeiträge zahlen müssten. Schelling wies sinkende Einnahmen aus diesem Posten als falsch zurück. Von Team-Stronach-Klubchef Robert Lugar kam grundsätzliche Kritik am Budget, das nicht mehr als ein Fortschreiben der vorigen sei. Schelling forderte er auf, mit den Ländern hart ins Gericht zu gehen und eine Föderalismusreform anzugehen.

[Read more ... Nationalrat segnet Budget ab](#)

2015-11-25 13:01

[younion: Register für Gesundheitsberufe muss endlich aus der Warteschleife geholt werden!](#)

Was es in 14 EU-Ländern bereits gibt, soll schnellst möglich auch in Österreich eingeführt werden: ein

öffentliches Register für nicht-ärztliche Gesundheitsberufe. „Über 100.000 PflegerInnen, PhysiotherapeutInnen, LogopädiInnen und andere betroffene Berufsgruppen werden mit dem Register aufgewertet, indem ihre Qualifikationen, Spezialisierungen und Weiterbildungen öffentlich einsehbar sind“, erklärt Christian Meidlinger, Vorsitzender der younion _ Die Daseinsgewerkschaft. Vor allem freiberuflich Tätige profitieren – sind sie registriert, könnte sie der Zugang zu ELGA in ihrer täglichen Arbeit unterstützen. Und bei einem Arbeitsplatzwechsel kann man die Zeugnisse künftig zuhause lassen, ein Blick ins Register für Gesundheitsberufe genügt.

younion setzt sich für eine rasche Realisierung des Registers ein. Auch die Bundesländer können aus dem Register für Gesundheitsberufe Nutzen ziehen. Ihnen stehen valide Zahlen für ihre Bedarfsplanung zur Verfügung. Damit könnte man sich auch über die Bundesländergrenzen hinweg besser absprechen. „Die Länder hätten viele positive Effekte durch das Register, deswegen fällt es mir umso schwerer zu verstehen, warum sich Salzburg und Niederösterreich dagegen wehren“, so Andrea Wadsack von der Hauptgruppe 2 der younion.

[Read more ... younion: Register für Gesundheitsberufe muss endlich aus der Warteschleife geholt werden!](#)

2015-11-25 08:08

[Bildung und Job: Österreich als Ausreißer im OECD-Vergleich](#)

Die am Dienstag vorgestellte weltweite Bildungsstudie „Education at a Glance“ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) ergibt für Österreich Altbekanntes - das Schulsystem verblasst gemessen an den Kosten im Vergleich mit anderen Ländern - und Erstaunliches: Kaum wo sonst ist die Bildung so wichtig für die eigenen Jobchancen wie in Österreich.

Es geht um den „tertiären Bildungssektor“. Davon umfasst sind alle weiterführenden Bildungsformen, von den höheren Jahrgängen der berufsbildenden höheren Schulen (BHS) über Kollegs und Bachelorprogramme bis hin zum Doktoratsstudium. Für Österreich verstärkt sich dabei ein Trend, der schon in der letztjährigen Untersuchung zu bemerken war: Ob man eine tertiäre Ausbildung hat oder nicht, entscheidet über die eigene Karriere.

Dokortitel bringt für Job nichts mehr

Auch in anderen Ländern haben besser Ausgebildete bessere Gehälter und sind besser gegen Arbeitslosigkeit abgesichert. In Österreich klafft die Schere aber viel weiter auseinander als im Schnitt - und es muss nicht immer ein Studium sein: Erwachsene mit Abschluss einer tertiären Kurzausbildung (etwa berufsbegleitende Bildungsformen und Kollegs) haben sogar bessere Jobaussichten als jene mit Bachelor-Abschluss - sie kommen mit 84 Prozent auf eine um sieben Prozentpunkte höhere Beschäftigungsquote.

Am höchsten sind mit 89 bzw. 88 Prozent immer noch die Jobquoten der Diplom- bzw. Master- und Doktoratstudenten. Damit ist die Differenz bei den Beschäftigungsaussichten zwischen Bachelor- und

Masterabsolventen mit zwölf Prozentpunkten am zweithöchsten in der gesamten OECD. Anders als in den meisten anderen OECD-Ländern bringt der Abschluss eines Doktoratsstudiums dagegen keine weitere Verbesserung der Jobchancen.

Sprunghafter Anstieg durch neue Definition

Die aktuelle Statistik weist sprunghaft gestiegene Absolventenzahlen im tertiären Sektor auf. Die neue Rate von 30 Prozent (OECD-Schnitt: 34 Prozent) ist allerdings einem neuen Blick auf großteils unveränderte Zahlen geschuldet. Neben Hochschulbildung, Kollegs und Meisterschulen fallen nun auch die vierten und fünften BHS-Jahrgänge sowie Aufbaulehrgänge zu „kurzen tertiären Bildungsprogrammen“ unter tertiäre Bildung.

Grafik: APA/ORF.at; Quelle: APA/OECD Education at a Glance 2015

Am meisten Kurzabschlüsse

Durch die Umstellung hat Österreich in Sachen Tertiärabschlussquote überdurchschnittlich profitiert: So weisen 15 Prozent der 25- bis 64-Jährigen in Österreich als höchsten Abschluss einen solchen tertiären Kurzabschluss auf (OECD-Schnitt: acht Prozent), zwei Prozent verfügen über einen (hierzulande noch recht jungen) Bachelor-Abschluss (OECD: 15 Prozent), elf Prozent über einen Master- bzw. Diplomabschluss (OECD: ebenfalls elf Prozent) und ein Prozent über ein Doktorat (OECD: ebenfalls ein Prozent).

Für die künftige Entwicklung etwas aussagekräftiger sind die aktuellen Anfängerquoten: Insgesamt gehen in Österreich derzeit 74 Prozent eines Altersjahrgangs den Weg in die tertiäre Bildung (OECD: 67 Prozent). Im Kurzstudienbereich liegt Österreich mit 35 Prozent deutlich über dem OECD-Schnitt (18 Prozent), im Bachelor-Bereich mit 45 Prozent darunter (57 Prozent). Leicht überdurchschnittlich stehen der Diplom- bzw. Masterbereich mit 28 Prozent (OECD: 22 Prozent) und der Doktoratbereich mit vier Prozent (OECD: 2,5 Prozent) da.

[Read more ... Bildung und Job: Österreich als Ausreißer im OECD-Vergleich](#)

2015-11-24 15:25

[SPÖ bekräftigt Nein zu Pensionsautomatik](#)

Die SPÖ hat nach einem Vorstoß aus der ÖVP ihre Ablehnung einer Pensionsautomatik gegenüber bekräftigt. Die Politik dürfe sich vor Entscheidungen nicht drücken und müsse der Bevölkerung ehrlich

sagen, was Sache sei. Eine Automatik funktioniere aber nicht, wie das Beispiel Schweden zeige, sagte Sozialminister Rudolf Hundstorfer (SPÖ) heute vor dem Ministerrat.

Man sei sich einig, dass die Menschen später in Pensionen gehen müssen. Dazu sei aber kein Automatismus nötig. Handlungsbedarf gebe es vor allem bei der Invaliditätspension. Die hohe Zahl an Invaliditätspensionen aufgrund psychischer Erkrankungen könne man nicht hinnehmen, so der Sozialminister.

Bundeskanzler Werner Faymann (SPÖ) und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner (ÖVP) wollen bis Ende Februar eine Analyse zur Pensionsentwicklung erstellt haben. Auf dieser Grundlage solle die Pensionssicherung innerhalb der Koalition diskutiert werden, sagte Faymann. Dann „müssen nicht, können aber gewisse Änderungen notwendig sein“, so der SPÖ-Chef.

[Read more ... SPÖ bekräftigt Nein zu Pensionsautomatik](#)

2015-11-24 14:36

[Rot-Grün: Knappe Mehrheit für Häupl](#)

Im Rathaus hat am Dienstagvormittag die konstituierende Sitzung des Wiener Gemeinderates begonnen. Mit einer knappen Mehrheit wurde Michael Häupl (SPÖ) dabei zum Bürgermeister gewählt.

[Read more ... Rot-Grün: Knappe Mehrheit für Häupl](#)

2015-11-23 13:30

[VdF: Heimstätten-Groteske rund um Austria Salzburg muss geklärt werden](#)

Austria Salzburg geht auf Wanderschaft, Heimspiel gegen den LASK in Wien, VdF fordert klare Richtlinien

[Read more ... VdF: Heimstätten-Groteske rund um Austria Salzburg muss geklärt werden](#)

Page 1 of 2

- 1
- [2](#)
- [Next](#)